

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 19

Artikel: Der Stand des Internationalismus
Autor: Révész, László
Kapitel: Die grosse Bündnisphase : die nichtregierende KP in ihrer politischen Praxis
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094724>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das schlechte Beispiel

(Fortsetzung von Seite 17)

Koalitionspartner, vor allem an die Kleinlandwirtpartei, die in den Wahlen vom Herbst 1947 eine grosse absolute Mehrheit erlangt hatte (die Kommunisten erhielten 17 Prozent der Stimmen). Schon 1946 machte die KP die Koalitionsmöglichkeit der Kleinlandwirte von einer weitgehenden Säuberung in deren Reihen abhängig. Rakosi am 24. 3. 1946:

«Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Säuberungsprozess, der in der Parlamentsfraktion der Kleinlandwirtpartei begonnen wurde, im ganzen Land fortgesetzt wird.» Bei gleicher Gelegenheit erwähnte er auch, dass viele kommunistische Parteiorganisationen den Koalitionspartnern einfach die Liste jener Personen zustellten, die diese auszuschliessen hätten. (S. 229—230)

Die gleiche Täuschung der Öffentlichkeit fand auch in den übrigen Ländern Osteuropas statt. Sowohl Gottwald in der CSR als auch Gomulka in Polen sprachen sich vor der Machtergreifung zum Beispiel expressis verbis für pluralistische Demokratie aus.

Welchen Anlass hat man, den heutigen Beteuerungen westlicher Kommunisten Glauben zu schenken?

Ein plausibler und illusionsfreier Anlass wäre der unverkennbar echte Aerger, mit dem die Sowjets (wie aus den zuvor zitierten Stellen ersichtlich) auf «eurokommunistische» Gedanken reagieren. Nur lassen sich aus dieser Beobachtung keine Schlussfolgerungen bezüglich der eurokommunistischen Glaubwürdigkeit ziehen.

Beweist der sowjetische Aerger mit dem heutigen Eurokommunismus dessen Aufrichtigkeit?

Moskau hat keinen Bedarf an kommunistischer Propagierung von grenzüberschreitenden Ideen, die im eigenen Lager unter echter oder gespielter Berufung auf anerkannte Bruderparteien die dissidente Bewegung stärken könnten. Diese Interessenlage hat Vorrang. Sie hindert aber nicht im geringsten, dass die Sowjets die taktischen Vorteile des Eurokommunismus für den Westen einsehen können. Wie sie sie in Osteuropa — bei besser abgeschirmtem Hinterland — selber ausgenutzt haben.

Bei den westlichen KP liegt die Priorität umgekehrt. Sie könnten es auf ein interimistisches Schockieren der Sowjets im Interesse der eigenen Taktik ankommen lassen. Nach der Machtergreifung lässt sich ja die Aussöhnung (soweit sie bei der schliesslich deklarierten Aktionseinheit vonnöten ist) immer noch betreiben. Und wenn nicht, dann bliebe erst noch die Möglichkeit, dass der Eurokommunismus die taktische Vorbereitung einer Diktatur auf eigene Faust wäre, statt einer Diktatur durch Uebertragung der Sowjetfäuste. Auch ein Trost. Hat man es schön in Albanien?

Alles in allem: Der Eurokommunismus ist ohne jeden Zweifel eine Taktik (sie wird zuhanden der regierenden Genossen ja ausdrücklich expliziert). Es ist denkbar, dass er angesichts des echten Bedarfs an ideologischer Revision nicht ausschliesslich eine Taktik ist. Aber selbst dann würde er dem Westen mit Sicherheit ein Weniger an Demokratie bringen, während er den «liberalen» Kräften im Osten ein Mehr an Demokratie verspricht. Fördern wir also die eurokommunistischen Gedanken im Sowjetlager. Dort braucht man sie. Aber hier darf man die Taktik nicht vergessen.

Die nichtregierenden KP in ihrer politischen Praxis

Die grosse Bündnisphase

In ihrem praktischen politischen Verhalten stehen die nichtregierenden kommunistischen Parteien zurzeit in einer Grossoffensive, die nebst einigen Erweiterungen der Bündnistaktik viele klassische Züge aufweist. Sie stimmt mit den Interessen des Sowjetlagers generell überein. Ihre Durchsetzung ist schon über die sogenannten internationalen Frontorganisationen (Weltgewerkschaftsbund, Weltfriedensrat usw.) auch konkret koordiniert.

Die innenpolitische Taktik der nichtregierenden Parteien ist nicht neu: Zusammenarbeit bis Aktionseinheit mit allen Schichten der Bevölkerung und mit allen jenen Organisationen, die bis anhin in allen kommunistisch regierten Staaten grausam liquidiert wurden.

Die Ähnlichkeit mit der osteuropäischen Taktik zwischen 1945 und 1948 besteht darin, dass auch die osteuropäischen Kommunisten zeitweise eine grosse nationale Koalition verlangten, in der alle — mit Ausnahme der ehemaligen Aristokratie, der ehemaligen Bank- und Finanzmagnaten — Platz hätten. Nach der Machtergreifung wurden dann diese ehemaligen Partner ausgerottet.

Volksfronterweiterung

Die 1935 vom 7. Kominternkongress offiziell eingeführte Volksfronttaktik ist auch heute die Generallinie in der Innenpolitik westlicher KP. Man hat sie an der Weltkonferenz der kommunistischen Parteien in Moskau vom Juni 1969 als allgemeingültig anerkannt, und seither haben alle regionalen Beratungen diese Linie bestätigt, so die Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raums im Sommer 1975, ebenso die europäische Konferenz ein Jahr später.

Sowohl die spanische KP als auch die lateinamerikanischen Parteien schätzen die engen Kontakte mit den «fortschrittlichen Strömungen» innerhalb der katholischen Kirche. Punkt 17 im Aktions-

programm der mexikanischen KP aus dem Jahre 1975 lautet beispielsweise: «In der Einheitskonzeption unserer Partei nimmt die Annäherung an fortgeschrittene Strömungen der katholischen Kirche einen wichtigen Platz ein.» (IB, Nr. 22 bis 24/1975)

Auch die Konferenz der lateinamerikanischen Parteien in Havanna äusserte sich sehr anerkennend über sie:

«Die Christen, speziell die Katholiken, der niedere Klerus und sogar einige Vertreter ihrer Führung nehmen immer aktiver an den Volkskämpfen für nationalen und sozialen Fortschritt teil.» Dialog und sogar Aktionseinheit mit ihnen wird befürwortet. (IB, Nr. 13/1975)

Bündnispolitik und Einheitsfronttaktik gehen in der Generallinie sowohl der europäischen als auch der lateinamerikanischen Parteien so weit, dass man tatsächlich die Frage stellen sollte: Wo ist denn die Klassegebundenheit? Sie scheint weniger wichtig zu sein als die momentanen Interessen der Innen- und Aussenpolitik. Die verschiedenen sozialen Schichten werden nicht nach Klassenzugehörigkeit, sondern nach politischer Einstellung eingestuft: «Wir Kommunisten werten deshalb die politische Haltung der anderen lateinamerikanischen Kräfte grundsätzlich so, dass wir von ihrem Verhalten gegenüber diesem Feind (nämlich dem US-Imperialismus) ausgehen.» (IB, S. 26)

Eine andere Stütze der kommunistischen Parteien

ist die Intelligenzia, die bis 1969 höchst offiziell als ein Bestandteil der klassenfeindlichen Bourgeoisie galt. Seither wird sie aber als eine Schicht des werktätigen Proletariates angesehen und als Verbündete umworben. (Vgl. L. Revesz: «Export der Revolution», Bern 1971)

Sozialdemokraten spalten

Besondere Aufmerksamkeit schenkt man der Werkstellung von «Klassen-solidarität» mit der Sozialdemokratie. Man ist bemüht, sie durch eine Zusammenarbeit zu spalten, Parteiführung und Parteimassen gegeneinander auszuspielen. Die Kommunisten wollen vordringlich ihre Kräfte gegen eine wirklich sozialdemokratische Führung mobilisieren, ganz so, wie sie es seinerzeit, zwischen 1945 und 1948, in Osteuropa taten. Zusammen mit dem agitierenden Teil der sozialdemokratischen Mitgliedschaft gegen die sozialdemokratische Führung! Allerdings ging dann die KP — nach Ausrufung der organisatorischen Einheit beider Parteien — gegen die ehemaligen sozialdemokratischen Parteimitglieder los. Divide et impera, oder Salamtaktik. (Vgl. L. Revesz: «Moskau über Portugal», Bern 1976, S. 28 ff.)

Umgekehrt stärkt man natürlich gegenüber der Basis jene sozialdemokratischen Führer, die für eine Zusammenarbeit oder schon für eine Aktionsgemeinschaft gewonnen werden konnten. Das Moskauer Jahrbuch für die «Probleme der kommunistischen Bewegung» widmete grosse Aufmerksamkeit der Tatsache, dass an der Brüsseler Versammlung «der Vertreter der gesellschaftlichen Kräfte für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (an einer indirekt von der KPdSU organisierten Veranstaltung) viele bekannte Funktionäre der internationalen Sozialdemokratie teilnahmen: praktisch die ganze Leitung der Sozialistischen Partei Belgiens, drei Sekretäre des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, die Sekretäre der Sozialdemokratischen Parteien Schwedens, Dänemarks, der Sozialistischen Partei Frankreichs, drei Mitglieder des Exekutivkomitees der Labour

Party Englands, der persönliche Vertreter Willy Brandts und andere. Es ist bemerkenswert, dass es an der Versammlung keine einzige antisowjetische Stimme gab.» (Jahrbuch 1973, S. 256)

Das Jahrbuch erteilte auch der Sozialistischen Partei Japans, der Sozialdemokratischen Partei Finnlands sowie den Sozialdemokratischen Parteien der neutralen Staaten (Schweden und Schweiz) ein besonderes Lob, weil diese den ausserpolitischen Kurs der atlantischen Solidarität ablehnen und eine andere Lösung für die Sicherheitsprobleme verlangen. (S. 253—254)

Für die kommunistische Taktik gegenüber den Sozialdemokraten ist das Verhalten der portugiesischen KP charakteristisch. Ein Interview von Cunhal für die «Prawda» zeigt, dass die KP ihre spalterische Taktik gegenüber den Sozialisten bis Sommer 1976 nicht aufgegeben hat. In einem Gespräch mit dem Lissaboner «Prawda»-Korrespondenten (Ermanow) sagte er:

«Gegenwärtig handelt es sich lediglich um eine quantitative Mehrheit und nicht um eine realistische politische Mehrheit der linken Kräfte, weil die Sozialistische Partei das Bündnis mit der KP ablehnt. Aber immer breitere demokratische Kräfte, darunter auch viele SP-Mitglieder, erklären sich für die Bildung einer linken Mehrheit und einer linken Regierung, d. h. mit Beteiligung der PKP.»

Anschliessend führte Cunhal die Misserfolge der Kommunisten auf ausländische Einmischung zurück, u. a. von seiten der internationalen Sozialdemokratie. («Prawda», 12. 6. 1976)

Da es sich als nicht so leicht erwies, die sozialistische Einheit entscheidend zu unterminieren, liess die KP getarnte prokommunistische Volkskommissionen, die demokratische Bewegung, die sozialistische Volksfront, die linke sozialistische Bewegung usw., organisieren, um die SP zu schwächen.

Auch die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen der französischen KP und SP zeigen die Art und Weise, wie die Kommunisten Herr der Lage werden wollen. Georges Marchais klagte Ende 1975 die Sozialisten an, sie und nicht die KPF seien an ein internationales Zentrum gebunden:

«Die KPF arbeitet ihre Politik in völliger Unabhängigkeit aus. Wenn Sie (der Interviewer) sich dagegen den Sozialisten zuwenden, haben Sie recht, denn sie haben eine Internationale. Wir Kommunisten sind völlig unabhängig.» (IB, Nr. 19/1975)

Die Bündnispolitik und die Einheitstaktik der westlichen Kommunisten zeigt allerdings offensichtliche Schwankungen. Die Einheitsfrontidee kommt von Lenin bzw. von der Komintern in der Leninschen Zeit. Im Dezember 1921 verabschiedete das Komintern-Exekutivkomitee den diesbezüglichen Beschluss. Aber schon 1924 bezeichnete Stalin die Sozialdemokraten als «Sozialfaschisten», «Zwillingsbrüder der Faschisten» usw.

Die Volksfronttaktik als offizielle Generallinie der kommunistischen Bewegung wurde vom 7. Kominternkongress (Moskau 1935) angenommen, dann aber im Zeichen der Zusammenarbeit zwischen Nazis und Kommunisten 1939—1941 wieder rückgängig gemacht. Nach dem Kriege galt sie bis 1948 erneut als Generallinie, doch gleich darauf liquidierte man die osteuropäischen sozialdemokratischen Parteien und nannte die Klassenbrüder erneut Zwillingsbrüder der Fa-

schisten. Seit Stalins Tod, besonders aber seit 1956, wird diese Wechsellinie — verbunden mit Spaltungstaktik — fortgeführt.

1968/69 sah es so aus, als ob die kommunistische Bewegung auf die Bündnispolitik mit den westlichen Intellektuellen — u. a. mit den «fortschrittlichen Studenten» — grösseren Wert legte als auf die Aktionseinheit mit den Sozialisten. In den siebziger Jahren wurde aber erneut die Idee der Aktionseinheit mit den Sozialisten in den Vordergrund gestellt.

Man sollte allerdings die Erklärung des belgischen Sozialisten Emil Vandervelde im Zusammenhang mit dem Wechsel der kommunistischen Taktik unter Lenin zugunsten der Sozialdemokratie auch heute immer wieder in Erinnerung rufen. Er erklärte in Berlin, im April 1922: *«Man ruft hier alle zur Einheit auf; sogar der Gedanke der Verwirklichung einer Einheitsfront wird aufgeworfen. Man versucht aber die Absicht nicht einmal zu verheimlichen, dass man uns zuerst herausdrücken und nachher erdrücken oder vergiften will.»*

(«Probleme der internationalen kommunistischen Bewegung», polnisch, Heft I/1962, London, Seite 238)

Für die Nato?

Was ist die ausserpolitische Taktik der westeuropäischen kommunistischen Bewegung? Jene kommunistischen Parteien, die Hoffnung auf eine baldige Regierungsbeteiligung hatten oder haben, äussern sich (wo das in Frage kommt) für die Beibehaltung des bisherigen Bündnisystems, also für die Mitgliedschaft in der Nato und in der EWG. Die kleineren und unbedeutenden Parteien hingegen verlangen den Austritt und viele von ihnen die Neutralität ihrer Länder, um die westliche Integration noch schwerer zu machen.

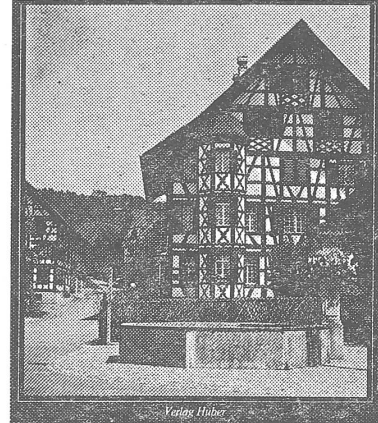
Der italienische KP-Generalsekretär spricht ganz offen über die Beibehaltung der italienischen Mitgliedschaft im westlichen Militärbündnis und in der EWG. Und was noch auffallender ist: seine diesbezüglichen Äusserungen werden auch in der «Prawda» wörtlich veröffentlicht, obwohl diese meistens auf die Mitteilung von Erklärungen verzichtet, die für die UdSSR nachteilig sind. Doch wurde Berlinguers Rede auf dem Plenum des ZK und der Zentralen Kontrollkommission der KPI gerade in diesem Teil wörtlich zitiert: *«Italien bleibt auch dann, wenn die Kommunisten in die Koalitionsregierung eintreten werden, Mitglied der Nato.» (Prawda», 15. 5. 1976)*

Die portugiesische KP war im Sinne der Kongress- und ZK-Beschlüsse vor dem 25. April 1974 gegen die Nato-Mitgliedschaft. Nachdem sie aber bald nach diesem Zeitpunkt eine sehr starke Position im eigenen Land erobert hatte, verletzte sie die bisherigen Beschlüsse und sprach sich für die Weiterführung der Allianz aus. Allerdings scheint es merkwürdig zu sein, dass sie im Sommer 1976 auf diese Frage kaum mehr einging. Anlässlich der Kampagne für die Präsidentschaftswahl äusserte sich der kommunistische Kandidat Pato so: *«Portugal muss gegen alle Formen des Imperialismus und Kolonialismus, für die Auflösung der politisch-militärischen Blöcke und die kollektive Sicherheit kämpfen.» (Prawda», 10. 6. 1976)* Also Rückkehr zur alten Linie. Moskau wünscht westliche Geldgeber nur für kommunistische Staaten.

Interessant sind die Stellungnahmen der französischen KP.

Der preiswerte neue Bildband

Das Schweizer Haus



Text von Paul Leonhard Ganz. Photos von Michael Wolgensinger. Grossformat, 176 Seiten. 93 farbige und 41 schwarzweisse Abbildungen. Leinen, Fr. 46.—

Neu im Verlag Huber

Anlässlich des Konsultativtreffens der kommunistischen Parteien Europas in Warschau (16. bis 18. 10. 1974) plädierte Jean Kanaba, Leiter der Auslandabteilung im ZK der KPF, für die Einberufung einer neuen kommunistischen Weltkonferenz, «auf der diese Parteien, ihre Rolle als Avantgarde erfüllend, gemeinsam allgemeine Rahmen des künftigen Europas, um das wir heute kämpfen, zeichnen würden». Er bezeichnete den Kampf gegen die Nato als eine kommunistische Aufgabe, da die Nato die Rolle «des Gendarmen der Völker» ausübe. (IB, Nr. 19/20 1974)

Generalsekretär Marchais warf in seiner Rede auf dem 25. KPdSU-Kongress in Moskau der gegenwärtigen französischen Regierung vor, sie habe Frankreich zur Nato zurückgebracht. («Prawda», 29. 2. 1976)

Einige Monate später, auf der Berliner Kommunistenkonferenz, äusserte sich Marchais hingegen für die weitere Nato-Mitgliedschaft Frankreichs, und zwar bis zur Auflösung sowohl der Nato als auch des Warschau-Paktes:

«Unsere Partei trägt zu diesem Kampf (nämlich Kampf für den Sozialismus auf friedlichem Wege) bei, indem sie entschlossen für eine andere französische Politik, eine Politik des Friedens, der Sicherheit und breiter Zusammenarbeit wirkt. Ihr Hauptziel, so sagen wir, sollte darin bestehen, die Entspannung zu vertiefen und die Rüstungen bei gleicher Sicherheit zu reduzieren. Sie sollte ebenfalls eine Politik der Initiativen zugunsten der Ueberwindung und schliesslichen Auflösung der antagonistischen Blöcke sein. Solange diese Perspektive nicht erreicht ist, wird Frankreich unter Respektierung seiner Bündnisse Mitglied der Nato bleiben. Dessen ungeachtet wird es seine Entschlossenheit bekunden, gegenüber jeglichem poliisch-militärischen Block seine Unabhängigkeit zu wahren. Bei internationalen Verhandlungen wird es sich nach dieser Orientierung richten.» (Neues Deutschland», 1. 7. 1976)

Die KPF ist also für das Verbleiben in der Nato, um gegen die Nato, für ihre Auflösung, zu kämpfen! Berlinguer und die Portugiesen haben

dies nicht so deutlich gesagt, aber natürlich haben auch sie eine solche Politik vor Augen. Und wenn die Nato einmal untergeht, kann sich Westeuropa kaum mehr halten, selbst wenn der Warschauer Pakt ebenfalls aufgelöst wird. Wie die sowjetische Fachliteratur (die juristische Zeitschrift «Sowjetskoje Gosudarstwo i Prawo») selber anerkennt, garantiert das Netz von über 30 bilateralen Verträgen über Freundschaft und gegenseitigen Beistand der Ostblockstaaten nicht nur ein diplomatisches und wirtschaftliches, sondern auch ein militärisches Bündnis. Der Warschauer Block bleibt also auch ohne Pakt ein starker, militanter und aggressiver Block!

Die kleineren KP — diejenigen von Norwegen, Dänemark, Holland und auch die KP Grossbritanniens — sind eindeutig gegen Nato- und EWG-Mitgliedschaft, was sie auf der Berliner Konferenz 1976 denn auch betont haben.

Frontorganisationen

In letzter Zeit wird die Tätigkeit der sogenannten «internationalen demokratischen Organisationen», der sowjetabhängigen Frontorganisationen, weitgehend aktiviert. Vor allem sieht man das beim Weltfriedensrat und bei der afro-asiatischen Solidaritätsorganisation.

Die Organisation der Solidarität der Völker Asiens und Afrikas (OSNAA) leistete seit 1971 eine besonders grosse Arbeit, wobei ein beträchtlicher Teil ihrer Konferenzen und Seminare direkt in der Sowjetunion, unter der Obhut des Sowjetkomitees für afro-asiatische Solidarität, abgehalten wurde. Die afro-asiatischen Solidaritätskomitees der osteuropäischen Satelliten haben den Rechtsstatus von assoziierten OSNAA-Mitgliedern, und ihre Tätigkeit wird vom Sowjetkomitee «koordiniert». (Vgl. ausführlicher: «Problemy Dalnego Wostoka», Moskau, Nr. 1/1976) Der Weltfriedensrat organisiert gegenwärtig eine neue Unterschriftenaktion im Interesse des Friedens nach sowjetischer Auslegung («gerechter Frieden»). Anfang Juni wandte er sich mit einem Aufruf an die Weltöffentlichkeit: «Der Weltfriedensrat ruft alle Regierungen und Parlamente, alle gesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen, die sich für Frieden einsetzen, alle politischen Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, religiösen, sozialen und kulturellen Organisationen, die den Fortschritt der Menschen erstreben, dazu auf, ihre Kräfte für einen neuen weltweiten Angriff auf die Rüstungsjagd zusammenzuschliessen.» («Prawda», 5. 6. 1976)

(Eine gute Idee; mit dem Angriff auf die sowjetische Rüstung wäre anzufangen, aber leider kommt das dem Weltfriedensrat nicht in den Sinn, der gegen die Militarisierung im Friedenslager nichts einzuwenden hat.)

Der Weltfriedensrat und andere «Transmissionsriemen» organisieren noch in diesem Jahr mehrere Friedensveranstaltungen in Europa, unter denen die Moskauer Konferenz (die Fortsetzung der im Herbst 1973 abgehaltenen Moskauer Weltkonferenz der friedliebenden Kräfte) die wichtigste sein wird.

Vom 14. bis 20. Mai 1976 wurde in Moskau ein Treffen der Vertreter von 20 «internationalen nichtstaatlichen Organisationen» sowie der Vertreter von politischen Parteien, Gewerkschaften, religiösen und kulturellen Organisationen, Parlamentariern usw. abgehalten. Man beschloss, ein «Weltforum der friedliebenden Kräfte» zwischen dem 13. und 15. Dezember 1976 in Moskau abzuhalten. Die Vorbereitung des Forums ist offen für alle, die für Frieden interessiert sind — heisst es im Aufruf an die Weltöffentlichkeit zur Vorbereitung dieser Konferenz. Natürlich werden hier nur die Befürworter des sowjetisch interpretierten «gerechten Friedens» erwartet und begrüsst. Gleichzeitig organisiert Moskau durch seine Anhänger die «Weltkonferenz für die Einstellung der Rüstungsjagd, für Abrüstung und Entspannung», die zwischen dem 23. und 26. September in Helsinki stattfinden wird. («Prawda», 18. 5. 1976)

Militär-Expansion

Parallel mit dem Friedenskampf geht aber auch der gewaltsame Export der «Revolution». Diesmal war Kuba das Instrument dieser Ausfuhr. Die militärische Invasion in Angola wurde von Castro damit gerechtfertigt, dass die Imperialisten nach dem 23. Oktober 1975 in Angola einen Blitzkrieg gegen die MPLA führen und eine von ihnen abhängige Regierung einsetzen wollten. «Diese Blutkriegsstrategie ist gescheitert, nicht zuletzt dank der kubanischen Unterstützung», sagte Castro an einer Pressekonferenz in Havanna. (IB, Nr. 3/4 1976)

In einer äusserst wichtigen Rede zu Ehren des 15. Jahrestages des «Sieges über die imperialistischen Söldner» betonte Castro:

«Der Sieg in Angola gehört zu den glänzendsten Geschehnissen der Geschichte der Befreiungsbewegungen in Schwarzafrika. Kuba begann auf Ersuchen der MPLA hin, Angola Hilfe zu leisten. (...) Den Beschluss, Angola militärisch zu helfen, fasste Kuba selbständig. Die Sowjetunion hat sich niemals mit einer solchen Bitte an Kuba gewandt; einen Entscheid darüber konnte nur unsere Partei (nicht der Staat!) treffen.» («Prawda», 21. 4. 1976)

Die wichtigste Äusserung Castros zur angolischen Frage erfolgte jedoch im Zusammenhang mit der feierlichen Begehung des 15. Jahrestages der Gründung des kubanischen Innenministe-

(Fortsetzung auf Seite 22)

Zeitprobleme - Geschichte

Hans Rudolf Ehrbar: Schweizerische Militärlpolitik im Ersten Weltkrieg

Die militärischen Beziehungen zu Frankreich vor dem Hintergrund der schweizerischen Aussen- und Wirtschaftspolitik 1914–1918. 1976, 380 Seiten, brosch., Fr./DM 39.–

J. Erpf (Herausgeber): Das grosse Buch der Polizei

Beiträge von P. Sommer, P. Müller, J. Wiedmer und F. Kaschowski; Abbildungen von P. Müller, E. Rieben u. a. 1976, 208 Seiten, über 190 z. T. ganzseitige Abbildungen, davon 12 farbig, geb., Fr./DM 58.–

Hans Ulrich Jost: Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918

1973, 206 Seiten, brosch., Fr./DM 38.–

Heinz Ochsenbein: Die verlorene Wirtschaftsfreiheit 1914–1918

Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz. 1971, 349 Seiten, brosch., Fr./DM 36.–

Daniel Thürer: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Mit einem Exkurs zur Jurafrage. 1976, 256 Seiten, brosch., Fr./DM 49.–

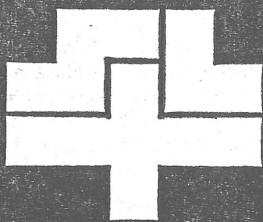
In allen Buchhandlungen erhältlich.



Verlag Stämpfli & Cie AG, Bern

Postfach 2728, CH-3001 Bern

Für alle Bankgeschäfte



Spar + Leihkasse
in Bern

Handels- und Hypothekenbank

Bundesplatz 4 Telefon 031 221351

Aus unserem Verlagsprogramm

Mihajlo Mihajlov

Moskauer Sommer

Ein Bericht
3. Auflage 1965, 111 Seiten, broschiert,
9,80, ISBN 3 85913 023 4

Mihajlo Mihajlov

Russische Themen

1969, 251 Seiten, Leinen, 22,85
ISBN 3 85913 045 5

Nigel Grant

Schule und Erziehung in der Sowjetunion

1966, 239 Seiten, Pappband, 12,80
ISBN 3 85913 027 7

Friedrich Salzmann

Mit der Freiheit leben

1967, 237 Seiten, Pappband, 16,80
ISBN 3 85913 033 1

Kampf des Glaubens

Dokumente aus der Sowjetunion.
Aus dem Russischen von G. Bruderer.
1967, 142 Seiten, broschiert, 7,80
ISBN 3 85913 029 3

Peter Parker

Vietnam — wie es wirklich war

Indochina im Kräftefeld
der drei Grossmächte
1974, 322 Seiten, Paperback, als Manuskript gedruckt, 34,20

Chien-jen Chen

Die Lohnstruktur in der Volksrepublik China

Als Manuskript gedruckt
1972, 200 Seiten, laminiertes Paper-
back, 36,-, ISBN 3 85913 076 6

Erhältlich in jeder Buchhandlung.

Verlag SOI

Schweizerisches Ost-Institut
CH-3000 Bern 6

Die grosse Bündnisphase

(Fortsetzung von Seite 21)

riums. In dieser Rede hat er nämlich klipp und klar anerkannt, dass Kuba nach Angola nicht nur militärische Einheiten, sondern auch Einheiten des Innenministeriums, d.h. der kubanischen KGB, entsandt habe. Im Zusammenhang mit der internationalistischen Einstellung der Politoffiziere sagte Castro:

«Dort (in Angola) kämpften, zusammen mit den Soldaten der revolutionären Streitkräfte (Kubas), auch die Soldaten und Offiziere der Einheiten des Innenministeriums. Es wäre absurd vorauszusetzen, dass unsere Einheiten ewig dort bleiben. Auf Ersuchen der Regierung der Volksrepublik Angola wurden sie dorthin geschickt, um das brüderliche angolische Volk gegen die Aggressoren zu verteidigen. Nach Erfüllung ihrer Aufgaben werden sie stufenweise aus Angola abgezogen, in Uebereinstimmung mit der Vereinbarung zwischen den Regierungen von Angola und Kuba.» («Prawda», 8. 6. 1976)

Die Politeinheiten sind aber bis heute dort tätig, weil sie bei Säuberungen und vor allem bei der Errichtung des angolischen Sicherheitsdienstes helfen müssen.

Die sowjetische Partei und mit ihr die gesamte kommunistische Bewegung tritt heute für die

friedliche Koexistenz und für Entspannungspolitik auf. Gleichzeitig gibt es aber Meinungen, dass diese Entspannungspolitik die Aufmerksamkeit der Parteien vom Klassenkampf und von der Revolution ablenke. Die Proteste gegen solche Stimmen hat die «Prawda» veröffentlicht. So protestierte in Moskau der Vorsitzende der KP Dänemarks dagegen, dass Entspannungspolitik, Revolution und Klassenkampf als Begriffe erwähnt würden, die einander gegenseitig ausschliessen. («Prawda», 4. 3. 1976)

Die Moskauer Zeitschrift «Neue Zeit» veröffentlichte (Nr. 5/1976) einen Artikel unter dem Titel «Ist eine neue Spannungsdiskussion nötig?» Auch ein «Prawda»-Berichterstatler ging auf diese Frage ein und zitierte Breschnew, um die Zusammengehörigkeit von Entspannung und Klassenkampf, um die Förderung des nationalen und internationalen Klassenkampfes durch die Entspannungspolitik unter Beweis zu stellen. Breschnew sagte nämlich auf dem 25. Kongress seiner Partei:

«Es ist absolut klar, dass sich die Entspannung und die friedliche Koexistenz auf die zwischenstaatlichen Beziehungen beziehen. (...) Die Entspannung kann und wird die Gesetze des Klassenkampfes nicht ablösen oder ändern.» («Prawda», 25. 3. 1976)

Die Entspannungspolitik wird also nur auf staatlicher Ebene geführt; die Parteien dürfen von ihr in ihrer Arbeit für Klassenkampf und für Revolution nicht behindert werden. Laszlo Revesz

Chile: Symptom für Europa

Drei Jahre nach dem gewaltsamen Umsturz vom 11. September 1973 in Chile ist das Tabu, das sich um das gescheiterte marxistische Volksfrontexperiment und seinen unglücklichen Protagonisten Salvador Allende in der vom Linksintellektualismus gelenkten öffentlichen Meinung Mitteleuropas gebildet hat, immer noch nicht durchbrochen.

Vor einem Jahr hatten wir (ZB Nr. 18/1975) auf den für die geistige Lage in der Bundesrepublik bezeichnenden Fall des inzwischen verstorbenen SPD-Abgeordneten Fr. Beer mann hingewiesen. Er war von seiner eigenen Partei gemassregelt und mit Ausschluss bedroht worden, weil er es gewagt hatte, die parteioffizielle Doktrin über den Musterdemokraten und «bis zuletzt verfassungstreuen» Präsidenten Allende auch nur zur Diskussion zu stellen.

Mittlerweile hat die Allende-Idolatrie auf bundesdeutschem Boden ein zweites Opfer gefordert: Prof. L. Bossle, den Verfasser des vor einem Jahr erschienenen und hier angezeigten Buches «Allende und der europäische Sozialismus». Hauptanliegen dieser Studie, die sich voll auf den Boden der demokratischen Verfassung der Bundesrepublik stellt und ausdrücklich vom Regime der Junta distanziert, war es, das offizielle Allende-Bild der sozialistischen Parteien Europas aus dem Stadium der ideologisch festgefahrenen Hymnik in das der kritischen Diskussion über das Verhältnis von demokratischer Rechtsstaatlichkeit und sozialistischem Programm zu führen. Was der Autor statt dessen erntete, war — neben dem üblichen Schweigen von Presse und Medien und einer dazu komplementären Pauschalbeschimpfung durch die zur Diskussion aufgeforderten Kreise — nichts Geringeres als eine vom Kreisverband der SPD Lörrach an das badische Kultusministerium

gerichtete Anfrage, ob ein Hochschuldozent, der sich gestatte, Salvador Allende in bestimmten Aspekten mit Adolf Hitler zu vergleichen oder in dessen Regierung Züge einer sozialistischen Diktatur zu entdecken, nach den Grundsätzen des Radikalenerlasses (sic) noch berechtigt sei, ein Lehramt an einer deutschen Hochschule auszuüben.

Difficile est satiram non scribere, möchte man mit dem römischen Satiriker Juvenal am liebsten über diese grotesk-absurde Kurzschlussreaktion deutscher Sozialisten auf Bossles kritisches (in manchem wohl anfechtbares) Bild des marxistisch-leninistischen Präsidenten im fernen Chile schreiben — würde sich darin nicht eine Geisteshaltung spiegeln, die für die politische Szene Deutschlands charakteristisch ist und für die Zukunft — in Erinnerung an schon einmal dort Erlebtes — nur ominös wirken kann: nämlich der fatale Hang dazu, in der politischen Auseinandersetzung an die Stelle kritischer Diskussion den Keulenschlag des ideologisch verfahrenen Pauschalurteils und des Rufmordes zu setzen.



In der Chile-«Diskussion» ist es jedenfalls in Deutschland — und weitgehend auch im deutschsprachigen Mitteleuropa — bis heute so geblieben, dass jeder, der an den von der Linken global zum demokratischen Musterknaben erklärten «chilenischen Weg zum Sozialismus» den Massstab historischer Kritik vom Standpunkt des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates anzulegen wagt, kurzweg als «Faschist» verleumdet wird (das Wort Nationalsozialist wird gerne vermieden, da es zu stark an die sozialistische Wurzel und Komponente des Faschismus erinnert): Wer nicht bedingungslos für Allende ist, muss eo ipso ein begeisterter Anhänger Pinochets sein, auch wenn er sich über diesen überhaupt nicht oder nur negativ äussert.

Mittels der Erpressung durch diesen latenten Rufmord ist bisher auf deutschsprachigem Gebiet jede ernsthafte, sachliche Diskussion über die wirklichen Ereignisse während der dreijährigen marxistischen Volksfrontregierung Allendes und damit über die